

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Palliativ- und Hospizversorgung in Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfest gestalten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Palliativ- und Hospizversorgung hat sich in den vergangenen Jahren in Mecklenburg-Vorpommern positiv entwickelt. Inzwischen gibt es ein enges Netz an Angeboten aus SAPV-Teams, Krankenhäusern, stationären und ambulanten Hospizdiensten sowie Ärzten mit entsprechender Qualifikation. Gleichwohl steht das Land mit Blick auf den demographischen Wandel vor großen Herausforderungen. Dabei stellt insbesondere die Sicherstellung der Palliativ- und Hospizversorgung im ländlichen Raum zukünftig einen besonderen Schwerpunkt dar.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, in Abstimmung mit den verschiedenen Akteuren im Land Leitlinien zu formulieren und auf dieser Grundlage einen Maßnahmenkatalog zur zukünftigen Sicherstellung der Palliativ- und Hospizversorgung in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Dieser ist dem Landtag bis zum 31. Dezember 2022 vorzulegen und sollte beispielhaft folgende Schwerpunkte berücksichtigen:

1. die zukünftige Gewährleistung der Erreichbarkeit im ländlichen Raum, z. B. über telemedizinische Modellprojekte als ergänzendes Angebot,
2. eine bessere Vernetzung der haupt- und ehrenamtlichen Akteure, z. B. über eine Koordinierungsstelle,
3. eine bessere Verzahnung des ambulanten und stationären Sektors, z. B. über die Einrichtung von palliativmedizinischen Konsiliardiensten,
4. die Förderung und Unterstützung einer landesweiten Ausbildung zum ehrenamtlichen Hospizbegleiter, z. B. durch die Ehrenamtsstiftung MV,
5. die palliativmedizinische Fort- und Weiterbildung, wie z. B. die Etablierung eines landesweiten Fortbildungsangebotes „Palliative Care“ in Pflegeeinrichtungen,
6. eine deutliche Stärkung der Selbsthilfegruppen nach einer Krebserkrankung.

III. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, im zuständigen Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport über den aktuellen Stand der Palliativ- und Hospizversorgung in Mecklenburg-Vorpommern unter Berücksichtigung der folgenden Punkte bis zum 30. April 2022 zu berichten:

1. Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichtes „Die Hospiz- und Palliativversorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ (2019, 2. Auflage),
2. Ergebnisse des Projektes „Regionale Versorgung“ des Instituts für Community Medicine (ICM) an der Universitätsmedizin Greifswald,
3. Ergebnisse der Runden Tische „Hospiz- und Palliativversorgung“.

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Auf Drucksache 7/80 wurde die Landesregierung im Herbst 2016 durch einen Beschluss des Landtages beauftragt, den Fachkräftebedarf in der Palliativ- und Hospizversorgung zu ermitteln und zu sichern. Die wissenschaftliche Evaluierung wurde im Rahmen des Projektes „Regionale Versorgung“, das durch das Land gefördert wurde, vom Institut für Community Medicine (ICM) an der Universitätsmedizin Greifswald durchgeführt. Ein erster Evaluierungsbericht mit dem Namen „Die Hospiz- und Palliativversorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ wurde dem Landtag durch die Landesregierung im Juni 2018 vorgelegt. Eine zweite Auflage folgte im Dezember 2019. Darin enthalten sind u. a. eine Beschreibung der Ist-Situation, Ermittlung von Problemlagen sowie die Entwicklung von Handlungsempfehlungen. In der Folge wurden durch die Landesregierung erste Maßnahmen eingeleitet.

Die Sicherstellung der Palliativ- und Hospizversorgung in Mecklenburg-Vorpommern wird jedoch auch zukünftig eine Herausforderung darstellen. Daher soll die Landesregierung gemeinsam mit den entsprechenden Akteuren Leitlinien für die zukünftige Sicherstellung der Palliativ- und Hospizversorgung formulieren und darauf aufbauend einen Maßnahmenkatalog entwickeln. Einige Aspekte sind bereits beispielhaft im Beschlussvorschlag aufgeführt und greifen auf die zweite Auflage des oben benannten Evaluierungsberichts sowie die Handlungsempfehlungen im Rahmen einer Nationalen Strategie der „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“ zurück.

Ergänzend dazu ist im Beschlussvorschlag vorgesehen, dass die Landesregierung im zuständigen Ausschuss über den aktuellen Stand der Palliativ- und Hospizversorgung in Mecklenburg-Vorpommern berichtet. Dabei soll es unter anderem um die (geplante) Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Evaluierungsbericht gehen.

Weiterhin endete zum 31. Dezember 2021 das eingangs erwähnte Projekt „Regionale Versorgung“, dessen Ergebnisse im Rahmen des Berichts im Ausschuss ebenfalls durch die Landesregierung vorgestellt werden sollen. Von Interesse sind darüber hinaus zudem die Ergebnisse der Sitzungen der Runden Tische „Hospiz- und Palliativversorgung“.